Lippisches Bürgerbegehren zur Krankenhauspolitik im Kreis Lippe

Bürgerbegehren nach § 23 der Kreisordnung NRW

Die Unterzeichner beantragen, dass den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Lippe folgende Fragestellung zum Bürgerentscheid gestellt wird:

Soll der Kreis Lippe, als Träger der Klinikum Lippe GmbH sicherstellen, dass das Klinikum Lippe weiterhin in seiner alleinigen öffentlichen Trägerschaft bestehen bleibt und der Standort Lemgo als stationäres Klinikum der Grundversorgung mit einer 24/7 Basisnotfallversorgung betrieben wird?

Begründung: Das Klinikum in öffentlicher Trägerschaft des Kreises Lippe unter demokratischer Verantwortung ist eine unverzichtbare Einrichtung einer wohnortnahen Krankenhausversorgung für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Lippe. Nur das öffentliche Klinikum Lippe unterliegt keiner Gewinnorientierung. Private Kliniken sind gewinnorientiert und entziehen die Gewinne der Gesundheitsversorgung für ein Krankenhaus. Nur bei einem öffentlichen Klinikum entscheidet die Politik über den Erhalt von Standorten (z. B. Lemgo).

Kostenschätzung der Verwaltung			
Kostenposition		**Zeitraum**	**Summe**
1.	Operative Verluste am Klinikstandort Lemgo inkl. Zinsen	nächste 5 Jahre	46,9 Mio. €
2.	Investitionsbedarf am Klinikstandort Lemgo	nächste 5 Jahre	90,0 Mio. €
3.	Wegfallende Synergien am Klinikstandort Detmold	nächste 5 Jahre	20,6 Mio. €
GESAMT			**157,5 Mio. €**

Anmerkung der Initiatoren: Bei den aufgelisteten Kostenpositionen und den Summen geht nicht hervor, wofür diese Kosten überhaupt anfallen. Darum ist aus unserer Sicht die Kostenschätzung nicht transparent und somit unseriös. Darum sollten sich die Bürger dadurch nicht von einer Unterschrift abhalten lassen.

Es wurde ein fünfjähriger Betrachtungszeitraum gewählt, da die Klinikum Lippe GmbH nach der Satzung eine fünfjährige Wirtschaftsführung aufzustellen hat. Für diesen Zeitraum liegen mithin konkrete Planzahlen vor. Die Kosten fallen in vergleichbarer Höhe aber auch darüber hinaus und so lange an, wie der Standort Lemgo als stationäres Klinikum der Grundversorgung mit einer 24/7 Basisnotfallversorgung betrieben wird. Eine Berechnung über den Zeitraum von fünf Jahren hinaus ist erst mit Fortschreibung der Wirtschaftsplanung der Klinikum Lippe GmbH ab 2030 möglich. Eine weitere Kostensteigerung ist zu erwarten. Ein etwaiger Finanzierungs-/Kostenbeitrag durch das Land Nordrhein-Westfalen ist derzeit völlig ungewiss.

Die oben tabellarisch aufgezeigten und nachstehend erläuterten Kosten würden notwendigerweise eine Erhöhung der Kreisumlage um jährlich 16,5 Mio. € (für haushaltswirksame Verlustabdeckung und Abschreibungen) nach sich ziehen, welche durch die Kommunen des Kreises Lippe zu tragen wäre. Bezogen auf das Jahr 2025 würde dies eine Erhöhung der Kreisumlage um über 6 Prozent bedeuten.

Erläuterungen der Kostenpositionen 1 bis 3: Die Vorhaltebereiche für das G-BA-Notfallversorgungslevel 1 (Zentrale Notaufnahme (ZNA), OP für Allgemein- und Unfallchirurgie, Intensivstation, Diagnostikbereiche) sind in einem Grund- und Regelsetting nicht vollständig ausgelastet. Dies führt zu hohen Kosten, da Personal über den tatsächlichen Bedarf hinaus vorgehalten werden muss, um Mindestvorgaben zu erfüllen. Zusätzlich müssen kostenintensive Honorarkräfte eingesetzt werden, um kurzfristige Personalausfälle zu kompensieren.

Für den Fortbestand des Klinikstandorts Lemgo als Grund- und Regelversorgungsstandort sind Investitionen entlang des Patientenpfades erforderlich. Dazu zählen insbesondere die ZNA, OP-Bereiche, Intensivstation, Bettenstation und Diagnostikbereiche.

Die geplante Verlagerung der stationären Fachabteilungen nach Detmold ermöglicht Synergien, insbesondere durch die Optimierung von Personalkosten und Sekundärdienstleistungen. Diese Synergien entfallen, wenn der Standort Lemgo weiterhin entsprechend den bisherigen Anforderungen betrieben wird.

Berechtigt, die Unterzeichnenden zu vertreten, sind: Monika Bahlo, Müdenkamp 25a, 32657 Lemgo; Elke Güse, Kiewningstr. 10, 32756 Detmold, Walter Brinkmann, Bandelstr. 16, 32756 Detmold.

Name	**Vorname**	**Straße**	**PLZ**	**Wohnort**	**Geburts-datum**	**Datum/ Unterschrift**	**Anm. der Behörde**